

Lehramtsausbildung in Geografie ab dem Jahr 2017 von Dresden nach Leipzig zu verlagern; darauf war unser Vorschlag gemünzt. Aber, wie gesagt: Nichts ist in Stein gemeißelt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Minister, es gibt eine Nachfrage vom Kollegen Lange. - Bitte sehr.

Herr Lange (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben gerade erklärt, dass Sie die Berechnungs- und die Finanzierungsgrundlage für die Hochschulen verändern wollten. Sie haben gesagt, die Studienplätze, die festgeschrieben seien, die 34 000 Plätze, seien erst einmal die Finanzierungsgrundlage. Darauf errechne sich dann, wie viel Geld die Hochschulen bekommen müssten. Das wollen Sie absenken. Sie sagen aber auch, dass die Anzahl der Studierenden im Land gleich bleiben solle. - Das bedeutet doch nichts anderes als Abbau von Qualität an den Hochschulen, oder?

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Nein. Sie haben in Ihrer Rede - deshalb konnte ich das weglassen - die finanziellen Folgen der Bernburger Vereinbarung aufgezeigt. Wie Sie es dargestellt haben, ist es auch vereinbart worden. Wenn insgesamt weniger Geld zur Verfügung steht und man personenbezogene Studienplätze zur rechnerischen Finanzierung der Hochschulen heranzieht, dann ist es eine mathematische Folge, dass eine Reduzierung der Plätze erfolgt. Aber da wir auf 34 000 personenbezogenen Studienplätzen bereits heute 55 000 Studierende haben, heißt das nicht - -

(Herr Gallert, DIE LINKE: Wir könnten auch auf 30 000 Studienplätzen 55 000 Studierende haben!)

- Keiner von uns kann sagen, wie es in zehn Jahren aussieht, weder Sie noch ich. Prognosen sind immer schwierig.

(Herr Borgwardt, CDU: Vor allen Dingen, wenn sie in die Zukunft gehen!)

- Das ist auch richtig. Das wollte ich nicht sagen, weil sich das ein bisschen schnippisch anhört. - Wir wissen nicht, wie sich das Verhalten der Studierenden in Zukunft darstellen wird. Wenn noch mehrere Länder zum 13. Schuljahr zurückkehren, werden wir auch wieder Jahrgänge haben, in denen zumindest in einigen Ländern von den Gymnasien keine Studienberechtigten abgehen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine weitere Nachfrage von Herrn Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie sprachen auch die Bernburger Vereinbarung an. Diese Vereinbarung ist die zentrale Legitimation für Ihre Kabinettsvorlage zum Thema Hochschulen. Ich möchte darauf hinweisen, dass in Bernburg die zukünftige Hochschulfinanzierung von zwei Seiten vereinbart wurde, die sie nicht entscheiden werden. Es waren die Rektoren und der Ministerpräsident.

Entschieden wird die Hochschulfinanzierung aber durch den Landtag, der an dieser Vereinbarung nicht beteiligt war. Insofern hat das, was dort vereinbart wurde, keine Bindungswirkung. Das Einzige, was der Landtag dazu gesagt hat, war der entsprechende Antrag, der mehrfach zitiert wurde: keine aktive Absenkung der Zahl der Studienplätze. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass diese Bernburger Vereinbarung für uns keine Grundlage ist, da der Haushaltsgesetzgeber daran nicht beteiligt war.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Das ist doch aber selbstverständlich in der Demokratie. Nach dem Hochschulgesetz hat die Landesregierung in regelmäßigen Abständen einen Hochschulstrukturplan vorzulegen.

(Herr Schröder, CDU: Das werden wir tun!)

Das werden wir tun. Dann geht das in die Landtagsberatung. Wir als Landesregierung werden einen Haushaltsplanentwurf beschließen. Auch der geht in die Landtagsberatung. Wenn der Landtag mehr oder weniger beschließt, dann wird die Regierung dem selbstverständlich folgen. Das ist doch aber ein ganz normaler Weg im Gesetzgebungsverfahren.

Deshalb muss es doch so sein, dass die Landesregierung, in diesem Fall vertreten durch den Herrn Ministerpräsidenten, mit den von Herrn Lange angesprochenen autonomen Hochschulen Vereinbarungen trifft und wir Ihnen auf der Grundlage dieser Vereinbarung Vorschläge unterbreiten. Hiernach wird selbstverständlich der Landtag darüber entscheiden. Das ist doch ganz selbstverständlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Weitere Nachfragen gibt es nicht. Danke sehr, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Pähle.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Relativ viele Themen, die wir heute im Hohen Haus beraten, erwecken den Eindruck eines Jahresrückblicks bzw. eines Rückblicks der Regierungsfrak-

tionen. Denn auch dieses Thema ist eine lang währende Geschichte. Ich möchte meinem kurzen Rückblick, den ich gleich vornehmen möchte, eine gewisse Pointe hinsichtlich des Antrages voranstellen: Wir werden den Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema Hochschulstruktur in den Ausschuss überweisen. Ich will erklären, warum.

Wir haben im Hohen Haus seit 2011 immer wieder über die Hochschulen und die Hochschulstruktur in diesem Land debattiert. Im Jahr 2011 haben wir darüber diskutiert, welcher Auftrag von der Landesregierung an den Wissenschaftsrat ergangen ist. Dazu gab es eine Debatte im Hohen Haus. Es bestand Einigkeit darin, dass der Landtag das Gutachten des Wissenschaftsrates abwarten will und dann in die Beratung über die weitere Struktur einbezogen werden soll.

Natürlich hat sich der Ausschuss mit dem Gutachten des Wissenschaftsrates auseinandergesetzt. Welche Schlussfolgerungen der Ausschuss aus dem Gutachten zieht, nachdem auch das Ministerium dargelegt hat, welche Schlussfolgerungen es daraus zieht, ist bisher noch nicht besprochen worden.

Im Dezember 2012 gab es einen Antrag mit dem Titel „Kein Abbau von Hochschulkapazitäten“. Hierin wurde eine Definition vorgenommen, wie der Prozess der Diskussion zu gestalten ist. Es wurde dazu aufgefordert, in der folgenden Strukturdebatte auch die Bedeutung der Hochschulen für die jeweiligen Regionen und für die Kommunen einzu beziehen und mit den Gebietskörperschaften in den Austausch zu treten. Auch das ist bis zum heutigen Tag nicht passiert.

Im Juli 2013 gab es eine Aktuelle Debatte und einen Antrag, der sich mit dem Gutachten des Wissenschaftsrates auseinandergesetzt hat und die Rahmenbedingungen für die Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt festgezurrert hat. Die entsprechenden Beschlüsse wurden bereits vom Minister und vom Kollegen Lange zitiert. Darin ging es auch um eine Nicht-Absenkung der Studienplatzkapazitäten.

Auch wenn man sagt, 34 000 Plätze stimmen rechnerisch nicht, hat sich der Landtag darauf verständigt. Wenn wir mit den 34 000 bezahlten Studienplätzen auch 55 000 Studierende qualitativ hochwertig unterrichten können, dann ist das natürlich ein Erfolg - dank des Hochschulpaktes.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ja!)

Das heißt nicht, dass eine Absenkung der Grundfinanzierung und damit eine Absenkung der rechnerischen Studienplatzkapazitäten die Qualität weiterhin sichert. Eine solche Auseinandersetzung haben wir bislang nicht geführt. Diese Vorlage aus dem Wissenschaftsministerium fehlt uns als Ausschuss.

Im Dezember 2013 wurde hier darüber diskutiert, Sachsen-Anhalt als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit zu stärken. Dabei haben wir als Landtag Qualitätsziele vom Ministerium eingefordert. Wir haben aufgefordert, die Daseinsvorsorge in unserem Land bei der Strukturdebatte zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mir sehr zweifelhaft, wenn das Ministerium anscheinend akzeptiert, dass die Martin-Luther-Universität beschließt, die Kapazität in der Grundschullehrerbildung zu senken. Das hat mit Daseinsvorsorge nichts zu tun und widerspricht dem Beschluss des Landtags.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Viele Aspekte der Diskussion, die auch der Antrag der Fraktion DIE LINKE aufgreift, sind also schon Beschlusslage. Daher müssen wir keinen neuen Beschluss fassen. Aber wir müssen die Einhaltung der Beschlüsse einfordern.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle ganz klar die folgende Frage stellen: Ist das Ministerium in der Lage, die aufgestellten Fragestellungen im vorgegebenen Zeitplan abzuarbeiten, den Ausschuss zu informieren, und zwar so, dass wir als Ausschuss darüber auch fachkundig debattieren können, und gleichzeitig eine Vorlage für den nächsten Doppelhaushalt hinsichtlich der Strukturentwicklung zu erstellen?

Eine Antwort darauf, so denke ich, kann der Minister bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 22. Mai geben. Sollte dies nicht der Fall sein und sollte das Ministerium erkennen, dass der Zeitplan nicht zu halten ist, müssen wir neue Gespräche darüber führen, wie wir mit der Struktur umgehen. Aber erst einmal erwarten wir eine Vorlage. Ich denke, der 22. Mai 2014 ist dafür ein geeigneter Zeitpunkt. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Kollegin Dr. Pähle. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Professor Dr. Dalbert.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Eben wurden bereits Prognosen angesprochen. Es wurde gesagt, man könne nicht in die Zukunft gucken. Es gibt aber schon das Handwerkszeug der Prognose. Die KMK hat uns gerade aktuell eine Prognose für die nächsten zehn Jahre vorgelegt. Insofern kann man die eben aufgeworfene Frage schon beantworten.

Die KMK belegt deutlich, dass sich die Studienanfängerzahlen auf hohem Niveau stabilisieren